Nummer 512

Mit Kurszettel **Berliner Börsen-Zeitung** Mit Kurszettel

76. Jahrgang

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentzer, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung g. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Sonnabend, 1. November 1930

Italien setzt sich durch.

Die Bedeutung des Vertrages von Angora. — Italien sichert sich den Osten. — Graf Bethlen als Vermittler. — Die Hochzeit von Assisi.

Vorgestern ist in Angora zwischen Venizelos und Ismet Pascha ein griechisch-türkischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet worden. Die Bedeutung dieses Vertrages kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie ist gegeben durch die Liquidation, die die alte griechisch-türkische Feindschaft durch ihn erfährt, dann aber vor allen Dingen durch die italienische Paktpolitik in Südosteuropa und im östlichen Mittelmeer und die Ziele, die Italien mit ihr verfolgt.

Die italienische Paktpolitik in Südosteuropa und im östlichen Mittelmeer begann Ende 1926, als Italien mit dem immer stärkeren Hervortreten des italienisch-französischen Gegensatzes das Schwergewicht seiner machtpolitischen Bestrebungen nach Südosteuropa und dem östlichen Mittelmeer verlegte, und als gleichzeitig damit Südslawien Schwierigkeiten machte, die bekannten Abkommen von Nettuno zu ratifizieren. Die italienischen Ziele sind sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Natur. Die italienische Paktpolitik soll Südslawien politisch isolieren und es so zur Anerkennung der von Italien erstrebten Vormachtstellung in der Adria und in Südosteuropa zwingen. Weiterhin soll sie Südslawien dem französischen Einfluß entziehen und diesem damit eine seiner wichtigsten Grundlagen in Europa nehmen. Darüber hinaus aber steht sie in engstem Zusammenhang mit der Verlegung der italienischen Rohstoff- und Lebensmittelversorgung, soweit deren Basen im Auslande liegen, nach Südost- und Osteuropa und dem östlichen Mittelmeer. Diese Verlegung ist vielleicht eine der wichtigsten und zugleich auch interessantesten Auswirkungen des italienisch-französischen Gegensatzes. Durch sie soll die italienische Rohstoff- und Lebensmittelversorgung der militärgeographischen Lage Italiens in einem kriegerischen Konflikt mit Frankreich angepaßt, dem Bereich der französischen Seemacht entzogen und, soweit wie möglich, vom Seeweg unabhängig gemacht werden. Aufgabe der italienischen Paktpolitik ist es, ihr auch die nötige politische Sicherheit im Kriegsfalle zu geben. Sie soll Italien die Neutralität der für seine Rohstoff- und Lebensmittelversorgung wichtigen Länder in einem kriegerischen Konflikt mit Frankreich und Südslawien garantieren bzw. diese Neutralität vor Eingriffen Frankreichs und Südslawiens schützen.

Das Ergebnis dieser italienischen Politik ist ein italienisches Vertragssystem in Südosteuropa und im östlichen Mittelmeer, das bisher gegeben war durch die Verträge Italiens mit Rumänien, Albanien, Ungarn, der Türkei und Griechenland sowie ferner durch den türkisch-ungarischen, türkisch-bulgarischen und bulgarisch-ungarischen Vertrag. Alle diese Verträge ähneln in Form und Inhalt den bekannten Freundschafts- und Neutralitätsverträgen, wie sie nach dem Kriege in großer Zahl auch an anderen Stellen der Welt abgeschlossen worden sind. Sie verpflichten die einzelnen Länder, an keiner wirtschaftlichen oder politischen Kombination teilzunehmen, die sich gegen den anderen vertragschließenden Teil richtet. Weiterhin bestimmen sie, daß, wenn eins von ihnen trotz der von ihm eingenommenen friedlichen Haltung von dritter Seite angegriffen werden sollte, das andere Land während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität zu bewahren hat, im übrigen aber die Vertragschließenden sich bei Streitigkeiten, die sich zwischen ihnen ergeben könnten und auf normalem diplomatischen Wege nicht erledigt werden können, einem schiedsgerichtlichen Spruch zu unterwerfen haben.

Die italienische Paktpolitik in Südosteuropa und im östlichen Mittelmeer unterscheidet sich also grundsätzlich von der französischen Bündnispolitik in Europa. Es sind keine militärischen Bündnisse, sondern ausgesprochen politische und wirtschaftliche Verträge, die Italien erstrebt. Mit dem Abschluß des griechisch-türkischen Vertrages wird an einer für Italien besonders wichtigen Stelle eine Lücke in ihrem Netz geschlossen. Ihrer Beseitigung standen bisher erhebliche Schwierigkeiten im Wege. Diese Schwierigkeiten beruhten in erster Linie auf der Frage der Entschädigung der auf Grund des Lausanner Vertrages ausgetauschten griechischen und türkischen Bevölkerungsteile in Kleinasien und Griechenland sowie auf der Sicherstellung derjenigen Griechen und Türken, die in Konstantinopel bzw. in Westthrazien leben und von dem Bevölkerungsaustausch nicht betroffen werden. Sie zu beheben, war bisher eine der Hauptsorgen der italienischen Politik im östlichen Mittelmeer. Wenn dies Italien nunmehr gelungen ist, so hat es dieses wohl in erster Linie mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen zu danken, der zur Zeit ebenfalls in Angora weilt. **Graf Bethlen ist der besondere Vertrauensmann sowohl Mussolinis als auch Mustafa Kemal Paschas und seines Ministerpräsidenten Ismet Pascha und hat ohne Zweifel beim Abschluß des griechisch-türkischen Vertrages als Vermittler zwischen Griechenland und der Türkei eine wichtige Rolle gespielt.**

Der Abschluß des griechisch-türkischen Vertrages bedeutet somit einen neuen Erfolg der italienischen Paktpolitik, gleichzeitig damit aber auch einen solchen Ungarns und der Türkei. Durch das nunmehr hergestellte vertragliche Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei wird den italienischen Rohstoff- und Lebensmitteltransporten aus dem Schwarzen Meer von Rumänien und Südrußland von den Dardanellen bis nach Saloniki beziehungsweise den Häfen der italienischen Ostküste die ihnen bisher fehlende Sicherheit gegeben, wird weiterhin Ungarn immer mehr zu einem Mittelpunkt der politischen Entwicklung in Südosteuropa und gleichzeitig damit die Türkei von Sorgen befreit, die sich für sie bisher aus den großgriechischen Bestrebungen in Konstantinopel und Kleinasien für die Türkei ergeben hatten. Diese Bestrebungen bedeuteten eine starke Gefährdung des territorialen Besitzstandes der Türkei, weil sie geeignet waren, Griechenland in allen Fragen der Türkei mit anderen Mächten zu einem willfährigen Werkzeug dieser Mächte gegen die Türkei zu machen. Ihre Gefährlichkeit hatte die Türkei trotz der schweren griechischen Niederlage in Kleinasien im Jahre 1922 noch gelegentlich ihres Konflikts mit England in der Mossulfrage zu spüren bekommen. Griechenland hat nunmehr endgültig auf sie verzichten müssen, und es ist für die Türkei besonders bedeutungsvoll, daß dieser Verzicht gerade die Unterschrift des Mannes trägt, der bisher ihr Hauptvertreter gewesen ist.

Die italienische Paktpolitik hat somit dazu beigetragen, im östlichen Mittelmeer an Stelle der bisher dort unsicheren nunmehr friedliche Verhältnisse zu schaffen. Dies ist um so höher zu bewerten, als mit dem griechisch-türkischen Vertrag zusammen auch ein Abkommen zwischen beiden Ländern über den Stand der beiderseitigen Flottenrüstungen getroffen worden ist. Die griechische und türkische Flotte sind im wesentlichen gleich stark. Das Abkommen sieht vor, daß an diesem Stand nichts geändert werden soll. Auch dies bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Erfolg Italiens. **Italien kann mit Recht darauf hinweisen, daß seine Paktpolitik im Gegensatz zu der französischen Bündnispolitik nicht friedensstörend, sondern friedensfördernd wirkt.** In dem italienischen Vertragssystem fehlen nunmehr nur noch Verträge zwischen Bulgarien einerseits und Italien und Griechenland andererseits. Ihrem Abschluß haben bisher gewisse Hemmungen der bulgarischen Politik sowie Schwierigkeiten entgegengestanden, die sich aus der Frage einer bulgarischen Freizone in einem Hafen am Ägäischen Meere zwischen Bulgarien und Griechenland ergeben hatten. Diese Schwierigkeiten scheinen jetzt, soweit sie Bulgarien und

Diese Ausgabe enthält die Beilage Nr. 44
„Der Handel mit dem Osten"

Tendenzpessimismus gegen Gibsons Vermittlungsaktion.

Gibson hat gestern in Rom mit Grandi gefrühstückt und hat eine erste Unterredung mit Mussolini gehabt. Der amerikanische Abrüstungsdelegierte ist mit der Behandlung eines Themas betraut, das sehr kompliziert ist und das sich nicht von heute auf morgen erledigen läßt. Die Mission, zwischen Frankreich und England wegen der Flottenabrüstung zu vermitteln, ist politisch heikel und sachlich sehr schwierig. Um so bezeichnender ist es, daß heute schon die französische Presse mit ihrem Urteil über Gibsons römische Verhandlungen fertig ist: für Frankreich kann der Vermittlungsversuch nur scheitern. Alle Blätter, auch die, die der Pariser Regierung nahe stehen, sind sich schon jetzt darüber einig, daß Gibson, der auch persönlich von den französischen Zeitungen nicht sehr freundlich behandelt wird, mit viel Optimismus, aber wenig Sachkenntnis an seine Arbeit gegangen sei. Die französische Forderung, daß an dem Tonnageunterschied von 240 000 Tonnen zwischen der französischen und italienischen Flotte nichts abgehandelt werden dürfe, wird unterstrichen und die französische Regierung wird gewarnt, Rom auch nur einen Schritt entgegenzukommen. Man darf wohl annehmen, daß diese Warnungen Herrn Tardieu sehr erwünscht kommen — daß er sie vielleicht sogar bestellt hat. Man versteht es in Paris, mit der Presse große Politik zu machen.

Der Schiffbruch wird, kurz gesagt, so eindringlich vorausgesagt, daß man an einen Erfolg der nordamerikanischen Vermittlungsaktion kaum noch glauben kann, auch wenn Mussolini entgegenkommen sollte.

Begeisterter Empfang Vargas' in Rio.

TU **New York**, 1. November.

Wie ergänzend aus Rio de Janeiro gemeldet wird, wurde der siegreiche Führer der Aufstandsbewegung und kommende Präsident Brasiliens, Vargas, von sämtlichen Mitgliedern der Militärjunta feierlich empfangen. Die begeisterte, nach Hunderttausenden zählende Menge streute Blumen auf den Weg. Zahlreiche Flugzeuge begleiteten den Einzug. In den Reihen der Truppen marschierten die Revolutionsführer aus sämtlichen Staaten. Die Gauchos, „Die wilden Reiter des Südens", die Kerntruppe der Streitkräfte des Präsidenten Vargas, machten ihr Gelübde wahr, daß sie ihre Pferde am Gitter des Präsidentenpalastes festbinden würden.

Noch in der kommenden Nacht beginnen die Verhandlungen der Revolutionsführer mit der Militärjunta über die Neubildung der Regierung.

*

Nach soeben eingegangener telegraphischer Mitteilung aus Rio de Janeiro hat auf die bereits bekannten amtlichen Vorstellungen des deutschen Gesandten hin wegen des zwischenfalls des Dampfers „Baden" der brasilianische Außenminister nochmals das Bedauern der provisorischen Regierung ausgesprochen. Wie der Außenminister weiter mitteilt, müsse zunächst die Beendigung der Untersuchung abgewartet werden, die von der zuständigen Behörde mit aller Strenge zur Klarstellung der Verantwortlichkeiten eingeleitet worden sei.

Ziele des österreichischen Heimatblocks.

Wien, 1. November.

Die Leitung des Heimatblocks hatte die Vertreter der auswärtigen Presse eingeladen, um sie über die Ziele des Heimatblocks zu unterrichten. Wie sie mitteilte, hat die Sprengung der antimarxistischen Front im Parlament die Heimwehren bewogen, sich an dem Wahlkampf zu beteiligen, um Vertreter des Heimatblocks als Kampftruppe ohne jede Bindungen irgendeine Partei in den Nationalrat zu entsenden. So bleibe die Heimwehr in ihrem gegen den Marxismus gerichteten Programm überparteilich und kämpfe gegen alte Klassen und Klassenvorurteile. Den Kernpunkt bilde ihre Einstellung zum Privateigentum. Mit ihren durch die gegenwärtigen Verhältnisse bedingten sozialen Forderungen strebe sie aber nicht Revolution, sondern eine stetige Entwicklung an. Daher lehne die Heimwehr das marxistische Enteignungsprogramm ab und stelle sich grundsätzlich auf den Boden des Privateigentums, was aber nicht so sehr das Recht des Einzelnen bedeute, sondern Verpflichtung des Besitzenden gegenüber der Volksgemeinschaft.

Staatspolitisch werde der Heimatblock für das Endziel der Heimwehr, für den ständisch gegliederten deutschen Volksstaat kämpfen. Die Umwandlung der heutigen politischen Lebensform in die zeitgemäße Gestaltung der Demokratie sei natürlich nicht von heute auf morgen möglich.

*

Bundeskanzler Vaugoin erklärte einer Abordnung der österreichischen Judenschaft, die gegen eine Rede des Justizministers Dr. Hueber als das Ehrgefühl der Juden verletzend protestierte, daß es sich zum Teil um eine tige Wiedergabe, zum Teil um ein Mißverständnis handle, das formell nicht berichtigt worden sei, weil ein Vergleich der Zeitungsberichte dieses Mißverständnis ebenfalls ausgeschlossen sehen. Der Bundeskanzler sowie Außenminister Dr. Seipel betonten, daß die Regierung selbstverständlich für die volle Wahrung der gesetzlichen Gleichberechtigung der Staatsbürger jüdischen Glaubens eintrete und daß sie Aeußerungen, die das Ehrgefühl der Juden verletzen, mißbillige.

Frankreichs „militärische Hegemonie" in amerikanischer Beleuchtung.

Washington, 1. November.

Der Beschluß des Auswärtigen Ausschusses des deutschen Reichstages zum Abrüstungsproblem findet in den amerikanischen Blättern lebhaften Widerhall. So beschäftigt sich „Baltimore Sun" mit diesem Beschluß und schreibt, der Beschluß zeige aber gleichzeitig, daß Deutschland sich nicht auf längere Zeit mit dem status quo zufriedengeben werde. Deutschland sei entschlossen, in der Reparationsfrage die bisherige verantwortungsbewußte Haltung zu bewahren, verlange aber die Erfüllung der militärischen Artikel des Versailler Vertrages durch die Alliierten. Frankreich solle sich, so meint das Blatt, keinem Zweifel darüber hingeben, daß der steigende Unwille des deutschen Volkes eines Tages ein ernstes Problem darstellen werde, und dieser Unwille sei durchaus berechtigt, denn die Alliierten erklärten zwar die finanziellen Teile des Vertrages als sakrosankt, ignorierten aber beharrlich die klaren Bestimmungen über eine Herabsetzung ihrer Rüstungen. Europa würde schneller gefunden, wenn Frankreich in dieser Frage eine ebenso ehrliche Haltung einnähme, wie das sein früherer Feind trotz schwieriger wirtschaftlichen Druckes und radikaler Agitation in der Reparationsfrage tue.

Selbst der konservative „Public Ledger" weist auf Frankreichs „militärische Hegemonie" hin und erklärt es für überbewaffnet, da es ein stehendes Heer von etwa 600 000 Mann unterhalte und über 5½ Millionen Mann ausgebildeter Reserven verfüge. Durch das französische Bündnissystem würden die obigen Ziffern durch die Streitkräfte Belgiens, Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens auf die gewaltige Zahl von 11½ Millionen Soldaten gebracht, die im Kriegsfalle bereitständen. Das erweise deutlich die zwingende Notwendigkeit einer Abrüstung. Ohne Zweifel stelle Frankreichs Militärpolitik den Hauptangriffspunkt dar, wenn in Genf Ergebnisse erzielt werden sollen.

Geschichte: Ungenügend.

Wie sich Hervé die Lösung der Korridorfrage vorstellt.

TU **Paris**, 1. November.

Hervé behandelt heute den Teil seines Revisionsprogrammes, der sich auf die Rückgabe des Weichselkorridors bezieht. Er vertritt dabei zunächst die polnische These, daß „die Ueberlassung des Korridors an Polen vom moralischen (!) Standpunkt aus gesehen nur gerecht (!!) gewesen sei". Wenn Hervé dann in einem geschichtlichen Rückblick mit der ersten Teilung Polens beginnt, so vergißt er offenbar, daß das Gebiet des Weichselkorridors schon lange vor 1772 urdeutsches Land gewesen ist. Diese Unkenntnis der geschichtlichen Vorgänge veranlaßt Hervé zu der Schlußfolgerung, man habe ein Polen angetanes Unrecht lediglich wieder gutgemacht und ihm gleichgeitig die Genugtuung verschafft, freien Zugang zum Meere zu haben. Allerdings habe man dabei vergessen, **daß der Korridor bereits 150 Jahre zu Deutschland gehört** habe und daß der Versailler Vertrag das Reich in zwei Stücke zerschnitten habe. Wenn die Deutschen Engel wären, würden sie sich sicherlich damit abfinden, aber sie seien nur Menschen, die überdies von einer unbeugsamen Vaterlandsliebe beseelt seien und die eine Teilung ihres Gebietes niemals anerkennen würden. Es sei wohl möglich, daß Deutschland auf Posen und Oberschlesien verzichte, niemals aber auf den Korridor. Die Schaffung des Korridors versetze Deutschland in dieselbe Lage wie Frankreich 1870 der Verlust Elsaß-Lothringens, obgleich es sich hierbei um zwei grundverschiedene Dinge handele. In seiner Wut habe sich Deutschland in die Arme Rußlands geworfen. Die Lage Polens zwischen den zwei Riesen Deutschland und Rußland sei äußerst gefährlich, und der Irrtum Wilsons, Clémenceaus und Lloyd Georges werde eines Tages zu einer neuen Aufteilung Polens führen und vielleicht sogar zu einem neuen Weltkrieg. Sämtliche französischen Staatsmänner wüßten das, sie zögen es aber vor, daß Polen eines Tages wieder von der Liste der europäischen Staaten verschwinde, als selbst in den Weltbrand hineingezogen zu werden. Vielleicht wäre es Deutschland möglich, von Litauen das Versprechen zu erhalten, wieder in Polen aufzugehen. Mit der Rückkehr des Korridors müsse dann Deutschland auf Posen und den polnischen Teil Oberschlesiens verzichten, und ferner müßten Deutschland und Frankreich sich verbürgen, Polen gegen jeden Angriff von anderer Seite zu schützen.

*

Auch der radikale Abgeordnete Pierre Cot behandelt heute in der „République", dem Organ seiner Partei, die Frage der Abänderung der Verträge und tritt für eine Regelung der Korridorfrage ein. Er behauptet, im Kriegsfalle habe der Korridor nicht einmal Interesse für Polen. Er würde ohne Schwertstreich von Deutschland besetzt werden. Wirtschaftlich dagegen könne er den Deutschen nur Vorteil bringen. Diese Frage sei, wenn man sie leidenschaftslos prüfe, nicht unlösbar.

Ueber die Abrüstungsfrage

führte Cot im „Soir" aus, Deutschland würde wohl die Versailler Verpflichtung respektieren, es verlange aber von Frankreich eine entsprechende Verpflichtung. Zweifellos würde Frankreich, ohne seine eigene Sicherheit zu gefährden, sich durch ein Abkommen binden können, das sämtlichen Völkern die Hinaufsetzung (!) der Rüstungen verbiete. Auch darin könne Deutschland eine moralische und materielle Genugtuung gegeben werden, ohne daß es Frankreich auch nur das geringste kosten würde, da ja eine Einstellung der Rüstungen durch Verhinderung des Rüstungskampfes die internationale Sicherheit steigern würde. In der Frage der Revision der Verträge endlich denke niemand daran, den ganzen Versailler Vertrag umzubilden. Warum aber Frankreich Verträge, die es selbst als schlecht ansehe, für unantastbar erklären? Es wäre dumm, wolle Frankreich seine Politik auf dem Grundsatz aufbauen, daß die Verträge für die Ewigkeit seien. Entweder Frankreich und Deutschland verständigten sich, oder der Weltfrieden bleibe unsicher. Im übrigen habe Deutschland Frankreich nötig. Es wäre also verbrecherisch, die Stunde vorübergehen zu lassen, ohne die Grundlage für die notwendige Entente zu legen, die die beiden größten Länder Europas befriedige und den Weltfrieden gewährleiste.